



An den Vorsitzenden
des Regionalrates
des Regierungsbezirkes Köln
Herrn Rainer Deppe, MdL

Fraktionsvorsitzender
Stefan Götz, CDU

Tel.: 0221/ 1395446 Telefax: 0221/ 1395451
E-Mail: info@cdu-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Gerhard Neitzke

Tel.: 0221/ 1301507 Telefax: 02273/ 914794
E-Mail: info@spd-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Rolf Beu, DIE GRÜNEN

Tel.: 0177 / 7473808
E-Mail: gruene.regionalrat-koeln@gmx.de

Fraktionsvorsitzender
Reinhold Müller, FDP

Tel.: 0221 / 253726
E-Mail: info@fdp-regionalrat-koeln.de

Fraktionsvorsitzender
Peter Singer, Die Linke

Tel: 0221 / 1472817
E-Mail: kontakt@die-linke-im-regionalrat-koeln.de

Rüdiger Bornhold, Freie Wähler
NRW

Tel: 02193 / 1633
E-Mail: RBornhold@t-online.de

Köln, 01. Oktober 2020

26. Sitzung des Regionalrates des Regierungsbezirks Köln am 02. Oktober 2020

Sehr geehrte Herr Deppe,

wir möchten Sie bitten, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Regionalrates Köln am 02. Oktober 2020 aufzunehmen:

Entwidmungsverfahren an stillgelegten Bahnstrecken im Regierungsbezirk Köln einstellen

Der Regionalrat Köln trifft folgenden Grundsatzbeschluss:

Der Regionalrat fordert Eisenbahninfrastrukturunternehmen – insbesondere die DB Netz AG als hauptbetroffenes Unternehmen -, die Eigentümer von Grundstücken, die Betriebsanlagen einer Eisenbahn sind oder auf denen sich Betriebsanlagen einer Eisenbahn befinden und Gemeinden, auf deren Gebiet sich solche Grundstücke befinden auf, für sämtliche vom Regionalrat zur Trassensicherung vorgesehene Bahnstrecken bereits gestellte Anträge auf „Freistellung von Bahnbetriebszwecken“ nicht weiter zu verfolgen und gegenüber den zuständigen Behörden zurückzunehmen.

Die zuständigen Planfeststellungsbehörden – insbesondere das Eisenbahnbundesamt und die Bezirksregierung Köln als hauptsächlich zuständige Behörden werden aufgefordert, im Rahmen eventuell bereits laufender Verfahren auf Freistellung von Bahnbetriebszwecken diese einzustellen bzw. zu berücksichtigen, dass bei den nachfolgend aufgeführten Strecken (perspektivisch) ein Verkehrsbedürfnis besteht, jedenfalls aber langfristig eine Nutzung der Infrastruktur im Rahmen der Zweckbestimmung zu erwarten ist.

Für den Regierungsbezirk Köln betrifft dies im Einzelnen folgende Strecken:

- Linnich – Hückelhoven-Baal – Ratheim
- Abzw. Merzbrück – Würselen – Aachen Nord
- Aachen Süd – Bundesgrenze – Montzen (Belgien)
- Abzw. Kellersberg – Siersdorf
- Stolberg Altstadt – Walheim – Eupen (Belgien)
- Bedburg (Erft) – Elsdorf West
- Horrem – Mödrath – Kerpen (Erft)
- Kall – Schleiden (Eifel) – Hellenthal
- Siegburg – Lohmar – Overath
- Dieringhausen – Olpe
- Bergisch Gladbach – Bergisch Gladbach Lückerrath
- Osberghausen – Waldbröl (Rheinland)
- Hermesdorf – Morsbach (Sieg)
- Remscheid-Lennep – Wermelskirchen
- Wermelskirchen Dellmanstraße (B51)/Am Wassertrum – Wermelskirchen
Dellmannstraße (B51)/Grünestraße
- Wermelskirchen – Opladen
- Bergisch Born – Wipperfürth – Marienheide
- (Forschungszentrum Jülich) Jülich – Puffendorf – Baesweiler
- Bonn-Buschdorf Gbf – Bonn Nord
- Niederkassel-Mondorf – Niederkassel-Lülsdorf – Köln-Zündorf
- Köln-Zündorf (Ranzeler Straße) – Köln-Zündorf (Wahner Straße)
- Bonn-Beuel Bf – Bonn-Pützchen

Begründung:

In seiner Sitzung vom 13. März 2020 hat der Regionalrat Köln einstimmig den Beschluss gefasst, die aufgeführten, regionalbedeutsamen, stillgelegten Schienenwege und Trassen im neuen Plankonzept des Regionalplans Köln sowohl zeichnerisch als auch textlich für den Regierungsbezirk Köln zu sichern.

Sollte bereits gestellten Entwidmungsanträgen entsprochen werden, wären die regionalplanerischen Ziele nicht mehr bzw. nur noch unter deutlich erschwerten Bedingungen zu verwirklichen. Dadurch würde nicht nur die Wiederinbetriebnahme der Schienenstrecken gefährdet, sondern auch das diesem Beschluss zu Grunde liegende raumplanerische Konzept ad absurdum geführt.

Auch die Vorgaben des Landesentwicklungsplans wären nicht mehr zu erfüllen und sprechen für die Einstellung der Entwidmungsanträge. Als raumbedeutsame Schienenverbindungen werden sie als Optionstrassen für die Zukunft benötigt, da eine völlige Neuplanung von Trassen angesichts der hohen Siedlungsdichte mit erheblichen Restriktionen und hohen Kosten verbunden ist. Der Regionalrat hat sich deshalb am 13. März 2020 klar dafür ausgesprochen, bestehende aber auch nicht mehr genutzte Trassen über das im Landesentwicklungsplan ausformulierte Ziel (vergl. Sicherungsauftrag gemäß LEP Ziel 8.1-11) zu sichern. Eine Entwidmung sollte deshalb auf jeden Fall unterbleiben.

Der Regierungsbezirk Köln mit seinen 4,4 Millionen Einwohnern, der pulsierenden Rheinschiene und den bedeutsamen Industriestandorten hat täglich einen enormen Bedarf an einem funktionierenden Schienennetz.

Mit freundlichen Grüßen



Stefan Götz
(Fraktionsvorsitzender)



Gerhard Neitzke
(Fraktionsvorsitzender)



Rolf Beu
(Fraktionsvorsitzender)



Reinhold Müller
(Fraktionsvorsitzender)



Peter Singer
(Fraktionsvorsitzender)



Rüdiger Bornhold
Freie Wähler NRW